Deutscher Bundestag **Drucksache 19/1196**

19. Wahlperiode 14.03.2018

Entschließungsantrag

des Abgeordneten Jan Nolte und der Fraktion der AfD

zu der Beratung des Antrags der Bundesregierung
– Drucksache 19/1097 –

Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der NATO-geführten Maritimen Sicherheitsoperation SEA GUARDIAN im Mittelmeer

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die irreguläre Migration von Afrika nach Europa ist in vielerlei Hinsicht ein Problem. Aufgrund der großen Menge an Zuwanderern, die nach Europa kommen, ist ein voller Überblick über die Lage nicht mehr möglich. Viele dieser Zuwanderer haben Deutschland zum Ziel und reisen über sichere Staaten ein. Hier können die verschiedenen Organe der Verwaltung die Angaben der Migranten, die als Flüchtlinge einreisen, oft nur ansatzweise oder sehr spät überprüfen. Auch für die innere Sicherheit stellt die irreguläre Zuwanderung ein Problem dar, wie sich aus den polizeilichen Kriminalstatistiken ersehen lässt. Nicht zuletzt sind viele deutsche Gerichte mit der massiven Zahl an Klagen überlastet, die von Migranten gegen die Entscheidungen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge eingereicht werden. In der Ägäis leistet die Bundeswehr einen wertvollen Beitrag zur Eindämmung irregulärer Migration. Für das Mittelmeer kann dies nur gelingen, wenn Migranten, die aus der Seenot gerettet werden, gemäß des Seerechtes innerhalb einer angemessenen Zeit an einen sicheren Ort gebracht werden. Eine Verbringung nach Europa schreibt das Seerecht nicht vor. Irreguläre Migration zu verhindern, bedeutet, das Vertrauen der Deutschen in den Rechtsstaat zu stärken sowie einen Beitrag zur Sicherheit und zur sozialen Gerechtigkeit in Deutschland zu leisten. Denn der Großteil der Migranten, die über das Mittelmeer nach Europa und schließlich nach Deutschland kommen, sind Transfergeldempfänger und werden es aller Wahrscheinlichkeit nach auch lange bleiben. Da die bisherige Praxis, im Mittelmeer aufgegriffene Migranten an ihre Wunschdestination Europa an Land zu bringen, dazu führt, dass NGOs und Schlepper unsere Streitkräfte zum unfreiwilligen Unterstützer irregulärer Migration machen, muss die Bundeswehr zukünftig eine andere Strategie verfolgen. Der Bundestag hält daher die neue Frontex-Mission, Themis, die laut des Italienischen Innenministeriums Migranten zukünftig nicht pauschal nach Italien, sondern in den nächsten, sicheren Hafen bringt, für eine sinnvolle Anpassung an die Migrationslage.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. zu veranlassen, dass die Bundeswehr zukünftig nur noch Migranten an Bord nimmt, die sich in Seenot befinden;
2. sich auf allen Ebenen für die Schaffung einer Grundlage einzusetzen, die es der Bundeswehr ermöglicht, Migranten, die sie im Mittelmeer aufgegriffen hat, nach Afrika zurückzubringen;
3. weiterhin darauf hinzuwirken, dass die Fähigkeiten der libyschen Küstenschutzkräfte zum Verhindern irregulärer Migration verbessert werden;
4. die Unterstützung der UN-Mission UNSMIL sowie der zivilen Grenzschutzmission, EUBAM Libya, zu intensivieren.

Berlin, den 12. März 2018

Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion